

# Big Brother 0

Als Senator hatte Barack Obama Präsident Bush vorgeworfen, er habe eine «falsche Wahlentscheidung zwischen Bürgerfreiheiten und Sicherheit» getroffen. Im Amt lässt Obama nun die Menschheit aushorchen wie kein Präsident vor ihm. Stationen aus der Karriere eines Mutanten. Von Matthias Rüb



Freuden der Durchleuchtung: US-Präsident Obama.

John Rizzo war beunruhigt. 1976, gleich nach Abschluss des Rechtsstudiums, war Rizzo zum amerikanischen Auslandsgeheimdienst CIA gestossen. Nach gut drei Jahrzehnten Arbeit im CIA-Hauptquartier in Langley war Rizzo im November 2001 zum Chefjuristen des Dienstes aufgestiegen. Sein Büro in der siebten Etage war so etwas wie die juristische Clearingstelle für den «Global War on Terror». Den hatte Präsident George W. Bush nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ausgerufen. Und der Kongress lieferte ihm dazu die rechtliche Handhabe, mit breiter überparteilicher Zustimmung.

Am 14. September 2001 wurde in einer gemeinsamen Resolution beider Parlamentskammern der Präsident zur Anwendung von militärischer Gewalt ermächtigt; bald folgten die Kriege in Afghanistan und im Irak. Am 25. Oktober 2001 kam, wiederum mit Unterstützung beider Parteien, das umfassende Gesetzespaket

«Patriot Act» hinzu, das zivile Pendant zur Kriegsresolution. Bis heute ist der «Patriot Act» die gesetzliche Grundlage für die umfangreichen Überwachungs- und Abhörmassnahmen der insgesamt sechzehn staatlichen Geheim- und Abwehrdienste sowie der ungezählten privaten Sicherheitsunternehmen, die im Auftrag und mit dem Geld des Staates Informationen sammeln und auswerten. Beide Bestimmungen sind faktisch unbefristet. Sie geben dem Präsidenten und seiner Regierung weitgehend freie Hand, zur Wahrung der nationalen Interessen alles zu tun, was ihnen opportun scheint.

## «Alles ging weiter wie bisher»

Dagegen hatte der demokratische Präsidentschaftskandidat Barack Obama im Wahlkampf 2008 heftig polemisiert. Dem republikanischen Amtsinhaber Bush warf er vor, «dumme Kriege» wie jenen im Irak begonnen, die Amerika-

ner vor eine «falsche Wahlentscheidung zwischen Bürgerfreiheiten und Sicherheit» gestellt und mit der weithin als Folter gebrandmarkten Verhörmethode Waterboarding sowie mit der Einrichtung von CIA-Geheimgefängnissen und des Gefangenenlagers Guantánamo den Ruf Amerikas in aller Welt schwer geschädigt zu haben. Er werde, so versprach Obama, im Kampf gegen Terroristen «die Verfassung und unsere Freiheiten achten»; er werde Folter und die unbefristete Inhaftierung von Terrorverdächtigen nicht länger dulden; er werde Amerika mit sich selbst und mit der Welt aussöhnen.

Für John Rizzo waren das keine Wahlversprechen (von deren luftiger Rhetorik sich zumal die Europäer und am allermeisten die Deutschen hypnotisieren liessen). Für Rizzo klang das wie eine Kündigungsdrohung. Doch kaum war der neue Präsident im Januar 2009 vereidigt, lösten sich Rizzos Sorgen in nichts auf. «Die neue Regierung änderte faktisch nichts», sagt Rizzo: «Alles ging weiter wie bisher. Befugnisse aus der Frühzeit der Ära Bush wurden überprüft, übernommen und bekräftigt.» Rizzo blieb bis Oktober 2009 in Amt und Würden. Dann ging er in Pension. Seither besetzt er seine Rente als Berater einer angesehenen Anwaltskanzlei in Washington auf.

Was Rizzo im Inneren des Apparats schon in den ersten Tagen der Amtszeit des 44. Präsidenten erkannte, hat die Welt erst nach Jahren wahrgenommen — oder wahrhaben wollen. Das Versprechen von der Umkehr im Kampf gegen den Terrorismus, von der neuen Epoche der Transparenz waren ein Etikettenschwindel. Bushs «Global War on Terror» wurde von Obama zwar in «Overseas Contingency Operations» (etwa «Notfalleinsatz in Übersee») umgetauft, aber sonst blieb alles beim Alten. Den überstürzten Abzug aus dem Irak Ende 2011 und die Ankündigung des Rückzugs aus Afghanistan bis Ende 2014 brachte Obama als Argument vor, dass die Zeit der Kriege verebbe und mithin auch der Kampf gegen den Terrorismus bald zu Ende gehe. Doch die geheimen Operationen weitete Obama aus. Die Drohnenflotten der Streitkräfte und der CIA wurden rasant vergrössert. Allein in Pakistan liess Obama seit seinem Amtsantritt 314 Drohnenangriffe fliegen (unter Bush waren es 52 in acht Jahren). Anhand einer «Kill List» gab der Präsident persönlich Hunderte von Terrorverdächtigen zur Exekution mittels Raketenangriff frei, unter ihnen vier amerikanische Staatsbürger. Die Gesamtzahl der Toten allein

in Pakistan beziffern Menschenrechtsgruppen auf 2500 bis 3600. Mindestens 900 Zivilisten sollen bei den Angriffen gestorben sein, unter ihnen rund 180 Kinder. Auch im Jemen, in Somalia und am Horn von Afrika hat Obama Dutzende Drohneneinsätze fliegen lassen.

Das Pendant zum geheimen Drohnenkrieg in Übersee ist die ungebremste Ausweitung der Überwachung von Verbindungsdaten im Telefonverkehr sowie des Datenflusses im Internet. Die umfangreichste Aufstockung an Ausrüstung und Personal haben seit 9/11 die CIA und der militärische Geheimdienst «National Security Agency» (NSA) erfahren. Aufgabe der NSA ist die Überwachung des globalen Telefon- und Datenverkehrs. Derzeit wird in Bluffdale in Utah für geschätzte zwei Milliarden Dollar das neue Datenzentrum der NSA errichtet. In dem grössten Computerzentrum der Welt nimmt der Behemoth des globalen Überwachungsstaats — aus Beton und Glas, aus Chips und Kabeln — Gestalt an. Das Datenzentrum wird in der Lage sein, 5 Zettabytes an Daten zu speichern und zu bearbeiten. Ein Zettabyte entspricht jener Menge von Daten, die auf 250 Milliarden DVDs untergebracht werden kann.

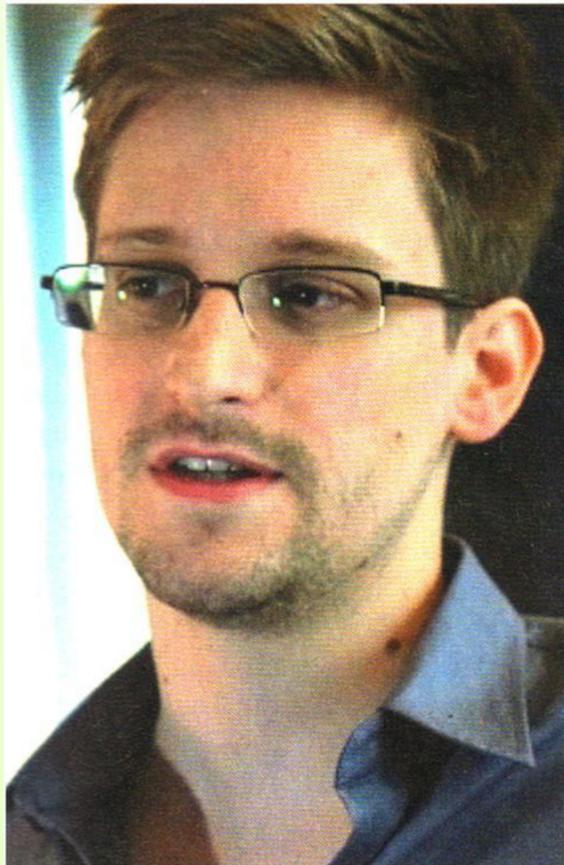
Nach Recherchen der Washington Post sind mehr als 854000 Personen für die staatlichen Dienste und für die vom Staat beauftragten Sicherheitsunternehmen tätig. Das als geheim klassifizierte Jahresbudget aller Dienste wird auf 75 Milliarden Dollar geschätzt; davon soll die NSA alleine zwischen zehn und zwölf Milliarden Dollar erhalten. Der Ausbau der elektronischen Überwachungssysteme wurde unter Obama nahtlos fortgesetzt. Massgebliche technologische Neuerungen bei der Erfassung und Bearbeitung von riesigen Datenmengen werden bei der NSA sofort angewendet. Überhaupt gleichen die Strategien des Data Mining zu kommerziellen Zwecken bei Unternehmen wie Google, Microsoft, Facebook, Yahoo, AOL oder Apple jenen der NSA und anderer Dienste zu angeblichen Sicherheitszwecken. Über den Schutz der Privatsphäre, im Vierten Verfassungszusatz garantiert, wird auf beiden Seiten mit erstaunlicher Nonchalance hinweggegangen.

Den Aufschrei der Empörung über die Entstehung eines orwellschen Big Brother vernimmt man in der amerikanischen Bevölkerung hinweggegangen den politischen Rändern: bei libertären Republikanern und bei linken Demokraten. Die Mehrheit der Amerikaner scheint die immer umfassendere Durchleuchtung ihres Lebens als Preis für die Sicherheit bisher hinzunehmen offenbar beeinflusst von der Terrorangst und von Obamas Versicherung, die Regierung verdiene Vertrauen, weil sie Gutes tue für Amerika und die Amerikaner. Dieses Vertrauen erodiert allerdings zusehends. Man kann im wachsenden Misstrauen gegenüber dem Staat und der Regierung die Rückkehr zum historischen Normalzustand Amerikas erkennen.

## Fall Snowden

# Die CIA und das Bankgeheimnis

## Die USA setzten offenbar Geheimagenten auf Schweizer Banker an. Wie kann die Schweiz sich wehren?



*Geld, Ideologie, Nötigung, Ego: Snowden.*

Es existiert eine «Genfer Connection»: Der abgetauchte Whistleblower Edward Snowden war von März 2007 bis Februar 2009 in der Schweiz tätig. Offiziell als Attaché der amerikanischen Uno-Botschaft in Genf, wie das Aussendepartement bestätigt. Verdeckt wirkte Snowden eigenen Angaben gemäss als MiAttachéer des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes CIA und wurde Zeuge davon, wie US-Agenten in der Schweiz Wirtschaftsspionage betrieben.

Stimmen seine Darstellungen, dann gab es eine geheimdienstliche Aktion gegen das Bankgeheimnis — ausgeführt von US-Agenten auf Schweizer Boden. Unwahrscheinlich ist das nicht. Bereits 1998 berichtete die Sonntagszeitung von regen Kontakten der CIA mit den Schweizer Grossbanken. Im Jahr 2006 enttarnte der Blick den amerikanischen Botschaftsmitarbeiter «Tom» als Geheimagenten. Der Ex-CIA-Agent Robert Baer berichtete dem Guardian im Jahr 2010 von fliessenden Übergängen zwischen Diplomatie und Spionage. Nach Angaben des US-Journalisten Wayne Madsen hat in manchen Botschaften die Hälfte der Mitarbeiter einen Geheimdienst-Hintergrund.

Auf Englisch nennt man solche Agenten, die bei einer diplomatischen Mission undercover sind, case officers. Ein früherer case officer,

der CIA-Agent Jason Matthews, beschrieb Ende Mai in einem Beitrag für das Wall Street Journal, wie man auf fremdem Territorium Informanten anwirbt: Dafür sei es nötig, die Wünsche und Ängste der Zielperson zu kennen. Für diese Analyse vertraue die CIA auf die Abkürzung MICE, die für «money, ideology, coercion, ego» stehe (Geld, Ideologie, Nötigung, Ego) — Zutaten, die man in den Enthüllungen des Edward Snowden ohne Probleme wiederfindet.

### Landesverweis ist möglich

Der Fall beschäftigt jetzt die Behörden. Ausserminister Burkhalter hat von den USA in einer diplomatischen Note eine Erklärung verlangt. Die Bundesanwaltschaft (BA), die in Fällen von wirtschaftlichem Nachrichtendienst ermittelt, führt auf Anfrage der Weltwoche aus, sie habe «Kenntnis von diversen Ermittlungen fremder Staaten in der Schweiz». Es seien diesbezüglich «verschiedene Abklärungen» im Gang.

Ausdrücklich weist die BA darauf hin, dass formelle Ermittlungen bei Delikten mit politischer Natur einer «Ermächtigung des Bundesrates» bedürfen. Bislang hat die Regierung diese stets verweigert, wenn die CIA im Spiel war, zuletzt in den Fällen des Botschaftsmitarbeiters «Tom» und des Schweizer CIA-Agenten Friedrich Tinner und seiner Söhne (beide Fälle 2007).

Bradley Birkenfeld, der sich den USA als Kronzeuge gegen seinen ehemaligen Arbeitgeber UBS zur Verfügung stellte, blieb von der Bundesanwaltschaft gänzlich unbehelligt. Die US-Agenten und ihre Helfer in der Schweiz haben also kaum etwas zu befürchten. Erst recht keine Handhabe hat man, wenn ein Diplomatenpass im Spiel ist: Mehrere Völkerrechtsexperten bestätigen, dass Geheimdienst-Machenschaften der Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen zwar widersprechen. Trotzdem garantiere dieselbe Konvention den Agenten eine umfassende Freiheit vor Strafverfolgung. Bevor überhaupt ein Strafverfahren eröffnet werden könne, müsste die diplomatische Immunität der Diplomaten-Agenten durch die USA aufgehoben werden — durch denselben Staat, der sie als Agenten in die Schweiz gesandt hat. Unabhängig davon kann der Bundesrat die Betroffenen zu unerwünschten Personen erklären und des Landes verweisen. *Florian Schwab*